

Zeitschrift: Freidenker [1908-1914]
Herausgeber: Deutsch-Schweizerischer Freidenkerbund
Band: 22 (1914)
Heft: 15

Rubrik: Die Freidenker-Bewegung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Freidenker-Bewegung.

Alle für den Text der folgenden Rubriken bestimmten, Deutschland und den Internationalen Bund betreffenden Zusendungen sind zu richten an G. Vogtherr, Dresden A. 34; soweit sie die Schweiz betreffen an P. F. Bonnet in Zürich II; Mutschellenstr. 111

Internationaler Freidenkerbund.

Böhmen. Die Stadt Horitz hatte beschlossen, für Joh. Huf, gelegentlich des 500. Jahrestages seiner Verbrennung, im Jahre 1915 ein Denkmal zu errichten und hatte einer Bildhauerschule den betreffenden Auftrag erteilt. Der Arbeitsminister Dynka hat durch seine Organe die Schule jedoch veranlaßt, den Auftrag nicht auszuführen! Ein ministerieller Jesuitenstreich!

In Prag hat zwar die Kommunalbehörde die Errichtung eines Huf-Denkmalis unterstützt und dafür auch einen Platz zur Verfügung gestellt, aber neuerdings sich auch für ein Reponnuk-Denkmal in's Zeug gelegt. Dadurch wird die Stellungnahme für Huf recht zweifelhaften Wertes, denn wer die Reponnuk-Feier feiert, kann sich nicht für Huf begeistern. Das Pilsener Sozialistenblatt „Unsere Zeit“ erklärte zu allem, die beste Art, das Andenken von Joh. Huf zu feiern sei der Massenaustritt aus der Kirche: „Wenn im Jubiläumsjahr 1915 über 10 000 Sozialdemokraten unseres Bezirks aus der katholischen Kirche austreten, ehren sie Joh. Huf auf die einzig moderne Weise.“

Belgien. Auf dem Friedhof St. Gilles in Brüssel ist am 28. Juni das aus öffentlichen Sammlungen bestrittene Denkmal für Jean Dons enthüllt worden. Ein langer Zug, angeführt von den Kindern und Lehrern und Lehrerinnen des Freidenker-Waisenhauses, dem Dons besonders seine Fürsorge gewidmet hatte, bewegte sich unter Mitführung zahlreicher Banner und Fahnen zum Friedhof. Emile Royer und L. Vertongen hielten ergreifende Ansprachen. Das Denkmal ist ein Werk unseres wackeren Gefinnungsfreundes des Bildhauers Jean Robyn.

Brasilien. In diesem Jesuitenlande kämpfen die Freidenker mit altem Mut und viel Erfolg. Die Herrerschen „Werdernen Schulen“ nehmen an Zahl und Wirksamkeit zu. In Paulo (Provinz San Paulo) ist eine neue moderne Schule von der Freidenkergesellschaft „Das Licht“ begründet worden und seit einigen Monaten in Betrieb. So macht „Das Licht“ seinen Namen zur Tat. (La Libre Pensée.)

Einladung des Esperanto Verbandes Libera Penso (Freier Gedanke). Der Esperanto-Verband „Libera Penso“, beitragendes Mitglied der internationalen Föderation wurde im Jahre 1907 gegründet. Sein Zweck ist die Förderung der persönlichen und geistigen Beziehungen unter den Freidenkern aller Länder mittels der Hilfsp Sprache Esperanto.

Unter seinen Mitgliedern, um nur die Verstorbenen zu nennen, waren Tolstoj, Herzer und Dons.

L. B. veröffentlichte in Esperanto das neue konfiskierte Werk des polnischen Vorkämpfers Niemcewiski und Herzers Verteidigungsrede vor dem Kriegsgericht.

Die Mitglieder bekommen für 2 Frank 50 Vereinsbetrag das monatlich erscheinende Organ gratis.

Anlässlich des in Paris vom 2.—10. August 1914 tagenden Esperanto-Kongresses ladet der Verband die Freidenker aller Nationen zu seiner Generalversammlung am 2. August höflichst ein.

Sie werden sich überzeugen können, welch ein wichtiges Hilfsmittel der Debatte, welch eine Stütze der realen und lebhaften Bruderschaft die so leichte und vollkommene Esperanto-Sprache ist.

Der Sekretär: René Deshayes, Sens, Frankreich.

Deutscher Freidenkerbund.

Berlin. Der Ribelungenhort der Kirche. Das Regierungsorgan der Berliner Orthodoxie, der „Evangel. Kirchl. Anz.“, wirft in seiner Nummer 27 der Kirchenaustritts-Korrespondenz vor, daß sie ständig die vollkommene Undurchsichtigkeit der kirchlichen Kassen- und Vermögensverhältnisse zu Unrecht behauptet. Der „Anz.“ weist darauf hin, daß doch in jeder Kirchengemeinde der Etat öffentlich zur Einsicht der Gemeindeglieder ausliegt. Daraus folgert der „Anz.“, daß die Kirche nichts zu verheimlichen hat, weil sich „alles in der Öffentlichkeit abspiele“. Dadurch will der „Anz.“ aber nur die Aufmerksamkeit von der Hauptsache ablenken. Im v. J. bereits wurde es zur Sprache gebracht, daß zwar die kleinste Aktiengesellschaft in Deutschland öffentliche Rechnung legen

muß, daß aber die Landeskirchen über ihre aus öffentlichen Mitteln aufgebrachtten Einnahmen als Gesamtförperschaft nicht das geringste verkauften lassen. Ein Blick in den preuß. Kultusetat gibt für jedermann den überraschendsten Aufschluß darüber, wie die Kirche als Gesamtheit es versteht, ihre Finanzverhältnisse zu verschleiern. Zunächst sehen wir aus dem Etat, daß jetzt für die katholische und die evangelische Kirche rund soviel ausgegeben wird, wie für höhere Lehranstalten und Universitäten zusammen, während früher der Staatszuschuß für die Kirchen viel kleiner war. Während nun im Anhang des Etats über die Einnahmen und Ausgaben der höheren Lehranstalten und Universitäten, auch soweit die Einnahmen nicht durch den Staatszuschuß dargestellt sind, eine ganz genaue tabellenmäßige Aufstellung erfolgt, fehlt eine entsprechende Aufstellung über die Finanzverhältnisse der Kirchengemeinden gänzlich. Genau so wie bei jeder Universität und auch bei der kleinsten Realschule eine Uebersicht der Einnahmen vom Staate, der Einnahmen aus eigenem Vermögen, aus Schulgeldern und aus dem Säckel der Städte erfolgt, der in kaufmännisch korrekter Form auch eine Uebersicht der Ausgaben gegenüberstellt, hätte auch für jede Pfarrgemeinde oder für jede Kreissynode eine Zusammenstellung der Einnahmen aus Staatszuschuß, Kirchensteuern, eigenem Vermögen etc. erfolgen können. Nichts davon findet sich im Etat. Während bei den höheren Schulen und Volksschulen die Städte und Gemeinden den weitaus größten Teil der Mittel aufbringen müssen, hat der Staat das volle Aufsichtsrecht über die Schulbehörden. Umgekehrt bei der Kirche. Hier zahlt der Staat fast alles, aber bei der letzten Etatsberatung erklärte der Kultusminister ein Dutzend Mal, er hätte der Kirche nichts dreinzureden. Wir bleiben also dabei, daß auch die evangelische Kirche keinen Lichtstrahl in ihre Schatzkammern fallen läßt. Der orthodoxe Herausgeber des „Kirchl. Jahrbuchs“, Pfarrer J. Schneider in Elberfeld, schreibt im Jahrgang 1912 bezüglich des Verhältnisses des Einkommensteuerfolls und der Einkünfte der landeskirchlichen Fonds (d. h. der Kirchensteuer) folgendes: „Wie beides sich zu einander verhält, können wir leider nicht rechnermäßig darlegen, da Veröffentlichungen über die Verwendungen der aus landeskirchlichen Fonds geleiteten Zuschüsse nicht vorliegen. Ferner sagt der badische Finanzrat Dr. Hellmeier, der das einzig brauchbare Buch über kirchliche Finanzwesen schrieb, daß ihm das Rgl. Preuß. Statist. Amt auf eine Anfrage ausdrücklich erklärt habe, es gäbe eine Statistik über Kirchenvermögen überhaupt nicht. Hierzu kommt das Ungeheuerliche, daß die Kirche noch weitergehende Steuerfreiheit genießt als die Fürsten, daß die Geistlichen nicht einmal Kirchensteuern bezahlen!!! Der Abgeordnete D. Traub hat in seiner Landtagsrede vom 28. Apr. d. J. diese Verhältnisse eingehend erörtert und u. a. festgestellt, daß in Preußen über die Verwendung des Staatszuschusses an die Kirchen (40 Millionen 1914) von den Kirchenbehörden keine öffentliche Rechnung geführt wird. Dazu haben die Orthodoxen wohlweislich geschwiegen. Das ist auch die beste Taktik, die sie verfolgen können, denn ein leiseres Nühren an der ganzen Sache würde erweisen, daß die Kirche hier ein „Recht“ hat, wie es sich in Preußen nicht einmal die sonst allmächtige Seeresverwaltung herausnehmen dürfte.“

Gera. Wie man in Neuß die Gewissensfreiheit totschlägt! In Gera mit seinen 49 000 Einwohnern hat die freigeistige Bewegung unserer Tage ganz besonders gut Wurzel geschlagen. Nach dem amtlichen Bericht der evangelisch-lutherischen Landeskirche für Neuß j. L. sind 1913 in der Diözese Gera 94 Austritte erfolgt, wo hingegen 1914 bereits unzweifelhaft mindestens weitere 400 Austritte vorliegen. Außerdem haben auf eine Rundfrage 1400 Eltern erklärt, daß sie für ihre Kinder keinen christlich-konfessionellen Religionsunterricht, sondern einen konfessionslosen Sittenunterricht wünschen. Das sind 17% der in Betracht kommenden evangelischen Schulkinder Geras, der Prozentsatz geht also weit über den der vorhandenen an Zahl ganz geringfügigen jüdischen und katholischen Kinder hinaus. Der Schulvorstand behandelte in einem Gutachten die Tendenz einer Eingabe des Ministereubundes und der „Glaubensfreien Vereinigung“ wohlwollend und auch der frühere Gemeinderat Geras petitionierte für Abschaffung des konfessionellen Religionsunterrichtes — mindestens für die Kinder der Dissidenten. Die Antwort des kirchl. Neuß'schen Ministeriums schlägt aber allen durch die Refor-

mation geschaffenen Begriffen von Gewissensfreiheit ins Gesicht. Das Ministerium schreibt: „Wir eröffnen dem Stadtrat, daß wie nicht gestatten werden, daß die Kinder (der Dissidenten) von der Teilnahme am Religionsunterricht befreit werden, wenn dafür ein glaubensfreier Sittenunterricht eingeführt würde“. In diesem schroffen Tone geht es weiter. . . Der durch die Neuwahlen veränderte Gemeinderat in Gera hat sich dieser Haltung des Ministeriums an die Seite gestellt, indem er eine Besprechung der Angelegenheit verhinderte. Das russische Ministerium sollte doch bei solcher Auffassung mitamt der Geraer Gemeinderatsmehrheit wieder katholisch werden.

Aus der Schweiz.

Kartell freigesinnter Vereinigungen der Schweiz. Am Pfingstsonntag, den 31. Mai, fand in Biel der Kartelltag freigesinnter Vereinigungen der Schweiz statt. Aus dem Bericht des Vorsitzenden über das Jahr 1913/14 wird hier auf Wunsch der Teilnehmer das wesentliche mitgeteilt: „Am Palmsonntag (16. März 1913) schlossen sich zu Bern der Deutschschweizerische Freidenkerbund, der Schweizerische Monistenbund, die schweizerischen Heime des Internationalen Ordens für Ethik und Kultur und der Freimaurerorden zur aufgehenden Sonne zu einem Kartell freigesinnter Vereinigungen der Schweiz zusammen und entwarfen ein Programm für deren Wirksamkeit (mitgeteilt im Handbuch der freigeistigen Bewegung Deutschlands, Oesterreichs und der Schweiz v. Max Henning, Frankfurt. 1914 S. 423).“

Mitglieder des Kartells sind vorerst die bei der Versammlung vertretenen Vereinigungen, die, wie beim Weimarer Kartell, andere von zwei Kartellvereinen vorgeschlagenen Vereinigungen, sowie Einzelpersonen als Freunde des Kartells aufnehmen können. Von der Mitgliedschaft des „F. M. O.“ zur aufgehenden Sonne“ mußte später abgesehen werden, da sich herausstellte, daß derselbe laut seinen Grundsätzen nicht Mitglied sein, bzw. seine Mitglieder namhaft machen konnte.)

Als Mitgliederbeitrag ward eine jährliche Steuer von 60 Rappen auf den Kopf jeder angegliederten Vereinigung festgesetzt.

Die Sitzungen wurden unterm 2. April 13 in 10 Artikeln den Beschlüssen vom 16. März gemäß vom Vorstande festgesetzt, (vergl. Handbuch der freigeistigen Bewegung, S. 423 f.; auch durch den Kartelltag genehmigt).

Der Vorstand benutzte sodann die nächste Zeit zu Unterhandlungen mit auswärtigen Rednern, von denen man sich die erste wirksame Förderung unrer Sache versprach. Die Bemühungen, Herrn Senator Magalhães Lima, der in Zürich als Gast des Deutsch-Schweizer. Freidenkerbundes mit großem Erfolg gesprochen hatte, für eine Vortragsreise in der Schweiz während seines Lausanner Aufenthaltes zu gewinnen, führten leider zu keinem weiteren Vortrag des damals gesundheitlich angegriffenen Redners. Wir traten darauf in Verbindung mit einer Reihe anderer Männer, um zunächst einen Feldaufzug zur Förderung des Austritts als den Landeskirchen zu eröffnen.

Bei dem gänzlichen Mangel an Mitteln mußte aber das Kartell die Gewinnung der Redner den einzelnen Vereinigungen überlassen. Von größeren Veranstaltungen kamen so zu Stande: im Dezember zu Bern ein Vortragsabend des Reichstagsabgeordneten Reus aus Dessau und des Fürsprechers Brodbeck aus Basel, und zu Basel von dem Letztgenannten; im Februar zu Zürich eine „Disputation“ auf Grund eines Vortrags von M. Maurenbrecher aus Mannheim, und zu Bern ein Vortrag ebendesselben mit anschließender Disputation. Die Veranstalter waren in Bern Freidenkerbund, Monistenbund und Orden für Ethik, in Zürich und Basel ebenfalls der Monistenbund. Der Besuch war überall befriedigend, in Zürich, wo als Gegenredner Prof. M. Meyer gewonnen war, ungewöhnlich stark. Der Erfolg in Presse und Öffentlichkeit zeigte sich in lebhaften Erörterungen. In Bern führte beim ersten Vortrage die Heftigkeit der Gegner und sodann auch der Freunde zu sehr aufgeregten Szenen. Von Austritten aus der Kirche ist allerdings nichts zur öffentlichen Kenntnis gekommen; in Bern, wo Beschlüßfassungen in dieser Richtung vorbereitet waren, hinderte der stürmische Verlauf besonders des ersten Abends die Sammlung von Austrittserklärungen. Auch die früheren Bemühungen, namentlich des Freidenkerbundes, solche Austritte in größerer Anzahl zu veranlassen, hatten hier wie anderwärts nur geringen Erfolg gehabt.

Die Tätigkeit der Kartellvereinigung in der Presse war jeweilen vor und während eines Vortragsfeldzuges eine lebhaftere, auch von Seiten des Vorstandes; die Beurteilung der Vorträge mußte selbstverständlich größtenteils den Zeitungen selbst überlassen werden und fiel besonders in Zürich anläßlich

des Maurenbrecherschen Vortrags sehr eingehend und vielfach auch sehr anerkennend aus. Wenig erfreulich war in Bern, wie in St. Gallen und Zürich die kühle Haltung der sozialdemokratischen Presse in der Kirchenaustrittsfrage, die man als eine Gefährdung der Einheit innerhalb der Partei zu betrachten scheint. Von den bürgerlichen Blättern war eine Aufnahme freier Äußerungen zu der Kirchenaustrittsfrage von vornherein nicht zu verlangen; so blieben wir für die eingehende Wiedergabe und Besprechung der Vorträge zumeist auf die gesinnungsgenössische Presse angewiesen. Ueber die Berner Kirchenaustrittsversammlung erschienen im „Freidenker“, München und Zürich, 1. Februar und 1. April, ausführliche Berichterstattungen.

Wir dürfen uns aber zum Troste sagen, daß durch unser Vorangehen in dieser Frage in den drei Hauptstädten der deutschen Schweiz wenigstens das Nachdenken über die „Beurteilung“ der Kirche und der kirchlichen Feiern in weiteren Kreisen erwacht ist, die bisher diesen Dingen gleichgültig gegenüberstanden. Die Früchte dieser Tätigkeit der Kartellvereinigungen werden sicher zu Tage treten, wenn über kurz oder lang überall in der Schweiz die Frage der Trennung von Kirche und Staat, hoffentlich in der grundsätzlicheren Gestalt einer Loslösung aller Nichtkirchlichen von der Kirche, gelöst werden wird. Nach dieser Richtung ist es ein erfreuliches Zeichen auch für uns, wenn kürzlich im welschen Neuenburg bei der Beratung des Staatsvoranschlags für 1914, der mit 70 gegen 29 Stimmen angenommen ward, die sozialdemokratischen Mitglieder des Großen Rates gegen dessen Genehmigung stimmten, weil er Ausgaben für Kultuszwecke umfasse, die der Forderung auf Trennung von Staat und Kirche zuwiderläfen.

Von den einzelnen bisher dem Kartell angeschlossenen Vereinigungen hat deren älteste, der Deutschschweizerische Freidenkerbund vielfach über Stillstand und Erfolglosigkeit seiner Bemühungen zu klagen. Seine eigene Monatszeitschrift „Freidenker“ hat er, um eine 14tägige Herausgabe zu ermöglichen, mit der gleichnamigen reichsdeutschen Halbmonatschrift fusioniert mit dem Titel „Der Freidenker“, Zeitschrift des Deutschen Freidenkerbundes und des Deutschschweizerischen Freidenkerbundes. München und Zürich, gegenwärtig 22. Jahrgang. Dem Bunde gehörten auf April d. Js. außer Einzelmitgliedern an die Freidenkervereine von Aarau, Arbon, Baden, Basel, Bern, Biel, Diebenhofen, Luzern, Morfchach, St. Gallen, Schaffhausen, Winterthur, Zürich.

Der Schweizerische Monistenbund ward von den Ortsgruppen Zürich, Bern und Genf, denen die bisherige „Vereinigung Konfessionsloser für Ethische Kultur“ in Basel (früher Freidenkerverein Basel) als Ortsgruppe Basel des Schweizerischen Monistenbundes beitrug, am 24. August 1913 zu Ulten gegründet und als Vorort Zürich bestimmt. Der eingehende Bericht der besonders rührigen Ortsgruppe Basel hebt von dortigen Vorträgen den des Herrn Brodbeck über den Monismus hervor, klagt aber auch über den allgemeinen Feind unserer Bestrebungen, die Gleichgültigkeit, die schon in der gegenüber den 1000 Kirchenaustritten in Basel recht bescheidenen Mitgliederzahl der Ortsgruppe sich anbahnt und u. a. das Eingehen des bisher durch zwei Mitglieder erteilten ethischen Jugendunterrichts zur Folge hatte. — In Bern litt die Ortsgruppe unter zufälligen Umständen, wie Krankheit und Landesabwesenheit einzelner Mitglieder. — In Zürich geriet man nach der Disputation von Maurenbrecher und Meyer in einen hitzigen Streit mit dem Freidenkerbund, weil dieser in bester Meinung die Schrift „Die Lüge der Kirche“ mit Beilage eines gedruckten Kirchenaustrittsformulars am Ausgang an Besucher abgegeben hatte, was bei dem zweiten Redner Anstoß erregte und zu heftigen Angriffen in der Presse, sowie zu einer Sperrung des Schwurgerichtssaals für künftige freidenkerische Vorträge führte.

Die Mitglieder des Schweizer Monistenbundes erhalten gemäß einem mit dem Verlag Ueberschneiders geschlossenen billigen Abkommen regelmäßig Ostwalds Wochenschrift „Das Monistische Jahrhundert“ und bleiben dadurch in lebhafter Fühlung mit dem Bund und dessen kulturellen und wissenschaftlichen Bestrebungen.

Der Internationale Orden für Ethik und Kultur (I.O.E.K.) zählt in der Schweiz die Heime Bern, Lausanne und Solothurn. Bern entsandte bei einer Anzahl von 16 Mitgliedern und vielen Ordensfreunden in meist allwöchentlichen Sitzungen und in lebhafter Betätigung für die Sache des Kirchenaustritts wohl unter allen das regste Leben. Leider ward das Gedeihen des Heims gestört durch die Notwendigkeit, eines der tätigsten und verdientesten Mitglieder aus dem Heim und unter Genehmigung des Vorsitzenden der Internationalen Zentrale auch aus dem Orden auszuschließen, was wiederum zu Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Ordens führte. Die „Nachrichten des Int. Ordens für Ethik